

Sachkennern der iberoamerikanischen Verfassungsgerichtsbarkeit absieht und von der allerdings weiter verbreiteten Kenntnis der *juicio de amparo* nach mexikanischem Recht, einer Art *habeas corpus* (vgl. dazu S. 779 ff.). Der Wert des von *García Belaunde* und *Fernández Segado* als Koordinatoren herausgegebenen (und von ihnen selbst als Autoren mehrerer Beiträge bereicherten) Werkes kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Da eine starke, effiziente Verfassungsgerichtsbarkeit ein wesentlicher Pfeiler des Rechtsstaates ist, gibt der Inhalt des Werkes auch Hoffnung für die Intensivierung der Rechtsstaatlichkeit in Übersee.

Ingo von Münch, Hamburg

Klaus Bodemer / Heinrich-W. Krumwiede / Detlef Nolte / Hartmut Sangmeister (Hrsg.)

Lateinamerika-Jahrbuch 2001

Vervuert Verlag, Frankfurt/Main, 2001, 340 S., € 23,00

Das im Hamburger Institut für Iberoamerikakunde beheimatete Lateinamerika-Jahrbuch muss man hier nicht mehr vorstellen. Das bewährte System, sorgfältige Dokumentation und fundierte Analyse zu kombinieren, zeichnet auch den Jahrgang 2001 aus. Wiederum ist der dokumentarische Teil mit seiner Mischung aus synoptischen Darstellungen, Jahreschronologien (bezogen auf das Jahr 2000) und übersichtlich strukturierten Statistiken zu den Regionalbündnissen und den einzelnen Staaten von großem praktischem Wert für alle, die einen qualifizierten Überblick über die politische, wirtschaftliche und soziale Situation einzelner Staaten oder des Kontinents insgesamt suchen.

Das Augenmerk soll hier im wesentlichen auf den „literarischen“ Teil des Jahrbuches gerichtet werden, der die nüchterne Faktenaufbereitung des dokumentarischen Teils durch die vertiefte Beschäftigung mit bestimmten ausgewählten Themen ergänzt. Er besteht dieses Mal aus vier Abhandlungen, deren Schwerpunkte weniger im rechtlichen als im wirtschaftlichen und politologischen Bereich liegen.

„Die neue Welle regionaler Integration in Lateinamerika aus europäischer Perspektive“ analysiert *Peter Nunnenkamp* (Institut für Weltwirtschaft, Kiel). Er geht der Frage nach, welche Perspektiven die vier lateinamerikanischen Regionalbündnisse Mercosur, Andengemeinschaft, CACM (Mittelamerika) und Caricom (karibischer Raum) einerseits für die betreffenden Regionen selbst, andererseits und nicht zuletzt aber auch für die EU-Staaten eröffnen. Sein Befund klingt eher ernüchternd: Die lateinamerikanischen Staaten seien nicht nur durch die o.g. Regionalbündnisse miteinander verbunden, sondern hätten teilweise weitere bilaterale oder unilaterale Abkommen geschlossen, deren Inhalt und Sinn nicht immer mit den Regionalbündnissen kompatibel sei, was zu verworrenen Situationen führen könne. Außerdem gebe es gewaltige Unterschiede zwischen manchen Ländern der

jeweiligen Gemeinschaften, was den Schluss nahe lege, dass der relative Erfolg mancher Staaten eher auf dortige regionale Besonderheiten als auf die Bündnismitgliedschaft zurückzuführen sei. Der Außenhandel der Gemeinschaften mit Drittländern schließlich habe zwar im Zuge der unilateralen Importliberalisierung in den Gemeinschaften deutlich zugenommen, doch habe dies wegen der ungünstigen Exportergebnisse (fehlende Wettbewerbsfähigkeit) zu einer deutlich negativen Außenhandelsbilanz geführt. Von letzterem wiederum profitiere die EU aber nur begrenzt, da die Importe der Gemeinschaften aus der EU eher gering seien, insbesondere im Vergleich zu Nordamerika; lediglich im Bereich des Mercosur habe die EU ein leichtes Übergewicht. Zwar könnten sich eigentlich neue Chancen für Europa ergeben, da es einerseits lateinamerikanische Bestrebungen gebe, die Abhängigkeit von Nordamerika zu lockern, und andererseits Lateinamerika aus europäischer Sicht eine der wichtigsten Wachstumsregionen sei. Es erscheine jedoch fraglich, ob die EU in der Lage sei, sich etwa im Agrarbereich für Importe zu öffnen; durch ihre „agrarpolitische Starre“ gefährde sie mögliche eigene Exportchancen. Im Mercosur habe die EU zudem bereits an Glaubwürdigkeit verloren, da man ihre Vorgehensweise in den bisherigen Verhandlungen als einen Ausdruck relativen Desinteresses und als Hinhaltenaktik empfinde.

Während es hier um die Bedeutung transnationaler Bündnisse für den Wirtschaftsstandort Lateinamerika ging, lotet *Christian von Haldenwang* (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn) gleichsam spiegelbildlich dazu aus, wie sich die Qualität der subnationalen (regionalen und kommunalen) Ebenen auf den Wirtschaftsstandort auswirkt: „Standortpolitik – neue Rollen für Regionen und Kommunen in Lateinamerika“. Auch sein Ausblick ist eher skeptisch, jedoch sieht er hier einen Lösungsansatz. Er geht von der Erkenntnis aus, Lateinamerika habe ein Standortproblem im Hinblick auf die Schaffung von Wirtschaftswachstum und dessen breitenwirksamen Einsatz zur Überwindung von Armut, und knüpft daran den Vorschlag, diese Probleme (auch) durch politische und administrative Reformen auf regionaler und lokaler Ebene anzugehen. Auch in Europa habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass Dezentralisierung in Verbindung mit dem Aufbau „weicher“ Institutionen (ohne „harte“ exekutivische Kompetenzen), die für eine bessere Abstimmung zwischen öffentlichen und privaten Akteuren sorgen sollen, im Sinne eines „Neuen Steuerungsmodells“ sowohl zu Effizienzsteigerungen als auch zu Qualitätsverbesserungen führen können. Die Anwendung dieser Grundsätze in Lateinamerika sei allerdings schwierig. Auch wenn die meisten lateinamerikanischen Staaten mittlerweile durch Verfassungsänderungen die formalen Voraussetzungen für eine wichtigere Rolle von Regionen und Kommunen geschaffen hätten, blieben in der Praxis doch erhebliche Probleme: Es dominierten die traditionellen Ministerialbürokratien mit nachgeordneten Sektionen, während es bei den subnationalen Gebietskörperschaften an technischer und personeller Kompetenz fehle; auch die Organisationen der verfassten Wirtschaft seien oft zu schwach, um als kompetente Partner der öffentlichen Hand wirken zu können. Auch wenn auf lokaler bzw. regionaler Ebene teilweise vielversprechende Ansätze erkennbar seien, handele es sich dabei nicht selten um „Inseln im Meer bürokratischer Insuffizienz“, die eher auf das Wirken von Ein-

zelpersonen zurückzuführen seien als auf institutionalisierte Anreizfunktionen, denen auf nationalstaatlicher Ebene oft eine Strategie der Reformvermeidung im Wege stehe. Trotz dieser Schwierigkeiten seien Reformen, die zu einer Stärkung der subnationalen Ebenen führten (etwa die Schaffung von Anreizfunktionen für erfolgreiche Standortpolitik durch Beteiligung am Gewerbesteueraufkommen), aber unabdingbar, da Lateinamerika Gefahr laufe, von der weltwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt zu werden. Dementsprechend sollten die lokalen und regionalen Akteure sowie die gesellschaftspolitischen Organisationen einerseits und die internationale Staatengemeinschaft sowie die entwicklungspolitischen Organisationen andererseits Druck auf die nationalstaatlichen Akteure ausüben, die von den subnationalen Ebenen ausgehenden, vielversprechenden Tendenzen weiter zu fördern.

Über „Wege, Vorschläge, Errungenschaften und Herausforderungen der Frauenbewegung in Lateinamerika“ berichtet *Berlindes Astrid Küchemann* (Soziologieprofessorin an der Universität Brasilia); dieser Beitrag dürfte unterschiedlich starke Betroffenheit auslösen. Die Autorin rekapituliert Entstehung und Verlauf des Feminismus in Lateinamerika, dessen Themenschwerpunkt bis zum Ende der siebziger Jahre die Diskriminierung der Frau in den Bereichen Arbeit, Lohn und Bildung gewesen sei, während ab den achtziger Jahren mit dem Übergang zu zivilen und demokratischen Regierungen immer mehr die Beziehung zwischen Geschlechtern – etwa (Homo-) Sexualität, Abtreibung, Verhütung – an sich zum Thema geworden sei, was zu einer zunehmenden Militanz der Bewegung und zu Konflikten mit linken Parteien geführt habe, denen frauenspezifische Themen als zu „elitär“ erschienen seien. In den neunziger Jahren sei es zu einem Zerfall der feministischen Bewegung in Gruppen und Sektionen sowie zu einer Tendenz zur Institutionalisierung durch Partizipation an staatlichen Einrichtungen, aber auch zu vielfältigeren Aktivitäten als zuvor gekommen. Außerdem beschreibt die Autorin, mit welchen Instrumenten die „Eroberung des Rechts auf Gleichheit“ auf den Weg gebracht worden sei (1975 „Jahr der Frau“, UN-Antidiskriminierungskonvention von 1979, Gesamtamerikanische Konvention zur Vorbeugung, Ahndung und Beseitigung der Gewalt gegen Frauen von 1994, Programme und Aktionspläne der UN-Konferenzen sowie nationale Förderprogramme in einzelnen lateinamerikanischen Staaten), um dann die Aufmerksamkeit auf die Verbreitung des sog. „Gender-Ansatzes“ zu richten: Dabei handelt es sich um eine „Analysekategorie für die Erklärung der Unterdrückung der Frau“, welcher „die soziokulturellen Rahmenbedingungen bestehender Geschlechterdisparität umfassend berücksichtigt“. Die Autorin stellt in diesem Zusammenhang fest, der „Gender-Ansatz“ habe sich immer stärker in Lateinamerika verbreitet, was auch daran liege, dass die Bereitstellung mancher Mittel der Entwicklungszusammenarbeit von der „Gender-Sensibilität“ der Regierungsapparate abhängig gemacht werde. Im Hinblick auf die Zukunftsaussichten der feministischen Bewegung in Lateinamerika konstatiert die Autorin trotz wichtiger Erfolge noch große Herausforderungen, und beschreibt schließlich ein „Dilemma“: Einerseits würden an die Professionalität von Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs), insbesondere in ihrer Eigenschaft als Gesprächs- und Projektpartner von Regierungen, mittlerweile immer höhere Anforderungen gestellt, ande-

rerseits stelle sich aber die Frage, wie eine (weitere) Professionalisierung erfolgen solle, ohne dabei die dem Feminismus zugrundeliegenden radikalen Ideen aufzugeben und ohne dabei das bisherige Maß an Autonomie zu verlieren – in der Tat ein grundlegendes Problem, das allerdings auch anderen Bewegungen und Organisationen (jenseits des Feminismus in Lateinamerika) Schwierigkeiten bereitet hat und bereiten wird.

Der für den Rezensenten interessanteste Beitrag stammt aus der Feder von *Jörg Faust* (Universität Mainz, Institut für Politikwissenschaft). Er beschäftigt sich mit dem „Aufstieg und Fall der mexikanischen Autokratie“ während der 71-jährigen Herrschaft der „Partei der Institutionalisierten Revolution“ – PRI –, die nach längerer Agonie schließlich mit der im Juli 2000 erfolgten Wahl des konservativen Kandidaten Vicente Fox zum Staatspräsidenten endete. Der Autor verfolgt mit seiner Abhandlung das Ziel, die politische und wirtschaftliche Entwicklung Mexikos „in ein institutionen-ökonomisches Modell autokratischer Herrschaft einzubetten“: Er charakterisiert die PRI als autokratisches Regime, das lange Zeit bis hin zum Ende der siebziger Jahre gesamtwirtschaftliches Wachstum gefördert habe, dann aber in eine Lage makroökonomischer Instabilität geraten sei, was zu einer allmählichen und langjährigen Phase der Machterosion geführt habe, und fragt sich, weshalb es zu gerade dieser Entwicklung gekommen ist. Auf dieser Basis entwickelt der Autor das o.g. Modell autokratischer Herrschaft, indem er einige typische, gleichsam gesetzmäßige Abläufe hervorhebt: Autokratien bräuchten Wachstum zur Befriedigung bestimmter erhöhter Finanzbedarfe wie etwa der Repressionskosten für den Überwachungsapparat, der Bedienung der Herrschenden aber nicht zuletzt auch der Versorgung der Masse der politisch ausgeschlossenen, damit diese sich nicht erhebe. Zur Deckung dieses erhöhten Finanzbedarfs griffen Autokratien auf das Instrument der Ressourcenmobilisierung (statt der eher unpopulären Produktivitätssteigerung) zurück, was sich in erhöhter Verschuldung, territorialer Expansion oder in einer Neigung zu riskanten Wachstumsstrategien äußern könne. Solange das Wachstum durch Ressourcenmobilisierung voranschreite, gebe es auch genügend Verteilungsmasse, damit sich die Mehrheit mit dem Regime arrangiere. Allerdings gerate die Autokratie irgendwann in eine „Modernisierungsfalle“, da das Wachstum einerseits weiterhin ungleich zu Gunsten der Eliten verteilt werde, andererseits die mit dem Wachstum verbundene Modernisierung zu mehr Emanzipation der Benachteiligten führe, was bei diesen steigende Unzufriedenheit hervorrufe, die in offene, systemkritische Opposition münde. Komme es schließlich dazu, dass nicht mehr genügend Ressourcen für das notwendige Wachstum mobilisiert werden könnten, so führe diese Wirtschaftskrise zur Bedrohung der politischen Stabilität. Die ursprünglich für die Autokratie systemstabilisierenden Klientelismus- und Korruptionsstrukturen kehrten sich nun gegen das System, da dieses seinen „Rentenverpflichtungen“ nicht mehr nachkommen könne. Der immer deutlicher werdende Erosionsprozess verselbständige sich und führe schließlich zum Ende des autokratischen Regimes.

Der Autor erreicht sein Ziel, die während der PRI-Herrschaft erfolgte wirtschaftliche und politische Entwicklung Mexikos in das o.g. Autokratiemodell „einzubetten“, auf gelungene Weise, indem er die für die einzelnen Phasen des 71-jährigen PRI-Regimes wesentlichen

wirtschaftlichen und politischen Tendenzen beschreibt und diese den jeweils einschlägigen Stationen seines Autokratiemodells zuordnet. Dadurch entsteht der Eindruck eines fast zwangsläufig vorgegebenen Ablaufs dieses langen Kapitels der mexikanischen Geschichte. Inwieweit das „institutionen-ökonomische Autokratiemodell“ des Autors verallgemeinerungsfähig ist, soll und kann hier nicht erwogen werden; jedenfalls handelt es sich um einen spannenden und in seinem Gedankengang gut nachvollziehbaren Beitrag, der sich für Mexiko-Interessierte wie für „Autokratie-Forscher“ gleichermaßen attraktiv ausnimmt. Insgesamt bleibt festzuhalten: Die bewährte Kombination aus dokumentarischer Faktenaufarbeitung einerseits und der vertiefenden Analyse andererseits hat im Lateinamerika-Jahrbuch 2001 erneut reichhaltige Frucht getragen.

Frank Niemeyer, Hamburg

Sabine Kurtenbach (Hrsg.)

Kolumbien zwischen Gewalteskalation und Friedenssuche

Möglichkeiten und Grenzen der Einflussnahme externer Akteure

Schriftenreihe des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Hamburg, Band 54

Vervuert-Verlag, Frankfurt/Main, 2001, 253 S., € 24,80

Der vorliegende Reader thematisiert einen Konflikt, der – von der Weltöffentlichkeit nur sporadisch bemerkt – als ältester seiner Art in Lateinamerika den Staat Kolumbien seit mehr als einem halben Jahrhundert immer wieder zwingt, praktisch ohne Gewaltmonopol am Abgrund seiner Inneren Souveränität zu manövrieren. Bestandsaufnahme und mögliche Zukunftsperspektiven waren im Sommer 2000 Gegenstand einer interdisziplinär besetzten Fachtagung im Hamburger Institut für Iberoamerika-Kunde. Die Referate dieser Tagung sind hier in überarbeiteter Form zusammengetragen. Dass sie den Diskussionsstand von zwei Jahren vor den letzten Parlaments- (10. März 2002) und Präsidentenwahlen (26. Mai 2002 mit dem 46,8 %-Erdrutsch-Wahlsieg des Ex-Liberalen Álvaro Uribe Vélez) wiedergeben, beeinträchtigt den Informationswert der Lektüre nicht: Es geht um Hintergrundwissen zum Verständnis dessen, was dieses Land noch auf absehbare Zeit wird durchzumachen haben.

Der umsichtig redigierte Band präsentiert sich unter drei Leitaspekten: Ursachen, Struktur wie auch interne Beteiligte – einschließlich der Opfer des Konflikts – werden in den drei Beiträgen des ersten Teils („Dimensionen der Gewalt“) vorgestellt. Der „Friedenssuche“ widmen sich die sechs Beiträge des zweiten Teils, ehe der dritte Teil mit fünf Beiträgen den Blick auf „Externe Akteure“ und ihre gegenwärtige und womöglich auch künftige Rolle lenkt.